



Kranken­zimmer: Ermittlungs­verfahren gegen MedizinerInnen kommen selten zur Anklage Foto: Daan Stevens/Unsplash

# Lange Suche nach Verantwortlichen

Seit seine Mutter vor mehr als fünf Jahren im Krankenhaus Bremen-Ost starb, kämpft sich Noah Akin durch die Instanzen. Er wirft der Klinik vor, seiner Mutter lebensrettende Maßnahmen verweigert zu haben. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist nun seine letzte Hoffnung

Von Jan Zier

Scheinermittlungen. Immer wieder taucht dieses Wort auf, wenn es um den Tod von Ayten Akin geht. „Von einem rechtsstaatlichen Ermittlungsverfahren kann nicht mehr die Rede sein“, schreibt die Anwältin Sabine Hummerich in ihrer Beschwerde, die nun, am Ende eines langen Rechtsstreits, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorliegt. Die Straßburger RichterInnen sind, rein juristisch betrachtet, so etwas wie die letzte Hoffnung in diesem Strafverfahren.

Ayten Akin kam wegen einer Routineuntersuchung ins Krankenhaus Bremen-Ost und fiel mehrere Wochen später, am 24. Februar 2014, nach einer Lungen­spie­gelung ins Koma. Sie erwachte nicht mehr. Noah Akin war der rechtliche Betreuer seiner stark pflegebedürftigen Mutter und somit auch dafür verantwortlich, über ihre Behandlung zu entscheiden. Der Lungen­spie­gelung hatte er nicht zugestimmt. Die Behandlung fand statt, noch bevor er mit den Ärzten darüber hatte sprechen können.

Wenige Stunden nach der Lungen­spie­gelung erlitt Ayten Akin einen Herzstillstand und fiel ins Koma, und zwar „aufgrund der unterlassenen Hilfe“, wie die Anwältin in ihrer Beschwerde schreibt. „Ich werde nicht reanimieren“, wird

der Stationsarzt da zitiert. Eine Aufnahme in die Intensivstation habe der Oberarzt abgelehnt, es sei ohnedies kein Bett frei. Auch der Anästhesist soll jede Notfallbehandlung abgelehnt haben. Er solle sich von seiner Mutter verabschieden, sie werde sterben, sagte der Oberarzt zu Noah Akin. So steht es in der Beschwerdeschrift von Hummerich. Ayten Akin lebte dann

**„Den Arzt als Täter gibt es nicht, das kann und darf nicht sein“**

**Sabine Hummerich, Anwältin**

nach einem Monat lang. Nach einer Intervention des Chefarztes war sogar am selben Tag noch Platz auf der Intensivstation. Noah Akin wirft dem Krankenhaus vor, seiner Mutter lebensrettende Maßnahmen verweigert zu haben, obwohl er diese als ihr Betreuer vehement eingefordert hätte. „Es war so, als hätte meine Mutter selbst den Wunsch auf Leben geäußert.“ Aber dies sei „komplett übergangen worden. Es gab keine rechtliche Grundlage dafür, keine medizinische Notfallhilfe zu leisten“, sagt Akin. Das sei „eine rechtsstaatliche

Beide Staatsanwaltschaften stützten sich auf ein „vom Arbeitgeber der Verdächtigen überreichtes Gutachten“, das „an wesentlichen Stellen fehlerhaft“ war, sagt Anwältin Hummerich. Die Staatsanwaltschaften hätten es „unhinterfragt übernommen“, dabei seien schon dessen Vorannahmen über den Zustand der Patientin falsch gewesen.

Auch das Oberlandesgericht kam zu dem Ergebnis, dass keine überwiegende Wahrscheinlichkeit für eine Verurteilung bestehe – ein Verschulden der Ärzte werde nicht nachweisbar sein, so das Argument. In den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sei nichts auszu­setzen. Dabei moniert Hummerich, seien diverse Zeuginnen weder zeithin noch überhaupt vernommen worden. „Das Skandalöse“ seien die nachlässig geführten Ermittlungen, und im Falle der kommunalen Klinikholding Gesundheit Nord, zu der auch das Krankenhaus Bremen-Ost gehört, seien sie in Bremen „von besonders großer Wichtigkeit“. „Hier wird das Recht einer Schwerkranken auf ärztliche Behandlung negiert und damit das Recht auf körperliche Unversehrtheit verletzt“, klagt die Anwältin.

Doch bei den Bundesverfassungsgerichten drang sie damit nicht durch. „Hier sind Schein-

ermittlungen von allen Seiten als hinlänglich aufgefälscht worden, immer auf der Basis der Auffassung, die Verstorbene sei ja bettlägerig und alt und krank, spricht Sabine Hummerich von „massiven Scheinermittlungen“.

„Den Arzt als Täter gibt es nicht, das kann und darf nicht sein“, sagt sie – aber das sei ein „bundesweites Phänomen“. Eine 2007 erschienene Dissertation, die 210 Ermittlungsverfahren gegen MedizinerInnen und Pflegepersonal aus den Jahren 1989 bis 2003 ausgewertet hat, kam zu dem Ergebnis, das 85 Prozent der Ermittlungsverfahren mangels hinreichenden Verdachts eingestellt wurden, weitere 8 Prozent gegen Zahlung einer Geldbuße. In weniger als 4 Prozent der Fälle kam es zur Anklage.

Aus Sicht der Anwältin ist der Fall Akin durchaus kein Einzelfall. Hummerich vertritt auch Claudia Beck, deren Tochter Melissa vom Krankenhaus Bremen-Ost als „arbeitsfähig“ entlassen wurde und sich Stunden später



Noah Akin und seine Mutter Ayten vor etwa zehn Jahren Foto: Benno Schirmmeister